

Aus der StZ-Redaktion

Neue Kolumnisten im Politikressort

Die Stuttgarter Zeitung erweitert mit dem neuen Jahr die Zahl der Autoren, die auf der Innenpolitik-Seite politisch-gesellschaftliche Themen kommentieren. Neben Sibylle Krause-Burger, die bereits seit vielen Jahren als Kolumnistin für die StZ arbeitet, werden Götz Aly, Katja Bauer und Jörg Thadeusz treten. Die Kolumnen erscheinen immer in der Dienstagsausgabe, die vier Autoren wechseln sich im Wochenrhythmus ab.

Der in Heidelberg geborene **Götz Aly (67)** ist ein Journalist und Historiker, der mit wissenschaftlichen Arbeiten zur NS-Diktatur, aber auch mit selbstkritischen Betrachtungen zur 68er-Bewegung bekannt geworden ist. Im Jahr 2012 wurde ihm der Ludwig-Börne-Preis verliehen.

**Jörg Thadeusz (46)** wuchs in Dortmund auf. Heute ist der Journalist und Buchautor vor allem ein gefragter Moderator von Radio- und Fernsehsendungen. Er hat unter anderem zwei eigene Sendungen im Berliner rbb-Fernsehen („Thadeusz“ und „Thadeusz und die Beobachter“).

**Katja Bauer (45)** arbeitete bereits in den 90er Jahren als Redakteurin für die StZ. Nach siebenjähriger Tätigkeit für die Deutsche Presse-Agentur kehrte sie 2003 zur StZ zurück und schreibt seitdem als Reporterin mit Sitz in Berlin.

Erweitertes Angebot im Lokalteil

Von heute an erscheint jeweils samstags die Seite „Schauplatz Stuttgart“ mit den Rubriken „Schaulaufen“ (ehemals Schauplatz), „Schaufenster“ (Neue Geschäfte in der Stadt) und „Schau her“ (Menschen stellen ihr liebstes Stück vor, seien es Kleider, Schmuckstücke oder Möbel). Ob Gartentrends, Kinderbetreuung in Kaufhäusern, bekannte Modelloggerinnen oder Geschäfte für Extragrößen: auf der Seite soll es eine bunte Mischung aus Service-Stücken, Trendthemen, Porträts und ungewöhnlichen Reportagen geben. Außerdem sind wir dabei, wenn die Stars und Sternchen schaulaufen und neue Geschäfte in der Stadt eröffnen.

Die Seite „Stuttgart kulinarisch“ findet einen neuen Platz: Künftig erscheint unsere Gastro-Seite bereits am Mittwoch, damit Sie frühzeitig Ihr Wochenende planen können.

Veränderte Wochenendbeilage

Das vertraute Gesicht der Wochenendbeilage „Die Brücke zur Welt“ erscheint von diesem Samstag an behutsam aufgefrischt. So wandert die beliebte Kolumne von Adrienne Braun im Blatt nach vorn, und die Reihe „Begegnung mit...“ auf der zweiten Seite präsentiert sich großzügiger. Auf der vierten Seite widmen sich des Kochens, Essens und Trinkens Kundige unter dem Motto „Prost Mahlzeit!“ Trends und Themen in Gastronomie und Ernährung. „Gugenhans Gartentipps“ finden Sie künftig auf der Seite „Freizeit“ zum guten Schluss der Samstagsausgabe - wie bisher einmal im Monat.

Neue Volontäre

Am 1. Januar haben zwei neue Volontäre ihre Arbeit bei der Stuttgarter Zeitung begonnen. **Julia Bosch (23)** hat an der Universität München Germanistik und Jura studiert und mit dem Bachelor abgeschlossen.

Erste journalistische Erfahrungen hat sie im Lokal- und Gesellschaftsjournalismus gesammelt. Neben dem Studium gestaltete sie als Chefredakteurin des größten bayerischen Studentenmagazins „Unikat“ den Übergang in die Digital-Ausgabe mit. Für das Volontariat bei der Stuttgarter Zeitung kehrt sie zurück in ihre Heimatstadt Stuttgart.

**Berkan Kakir (26)** ist in Böblingen geboren und hat an der Universität Tübingen Medienwissenschaften und Allgemeine Rhetorik studiert und mit dem Bachelor abgeschlossen. Neben dem Online- und Kulturjournalismus gilt sein Interesse auch dem Film: Mit dem Kurzfilm „Matroschka“ gewann er 2012 die Tübinale, das Filmfestival der Uni Tübingen. Familie Kakir lebt seit drei Generationen in Schwaben. StZ

Ressorts und Rubriken

Innenpolitik	4	Baden-Württemberg	25
Landespolitik	5	Familienanzeigen	26
Außenpolitik	6	Reportage	28
Aus aller Welt	8	Kultur	29
Leserforum	10	Medien/Fernsehen	31, 32
Wirtschaft	11	Was Wann Wo	33
Impressum	12	Sport	35
Entdecken	18	Wochenendbeilage	V1
Lokales und Region	19	Stellenanzeigen	V5
Notfallnummern	22, 23	Immobilienanzeigen	V6

stuttgarter-zeitung.de



Pop in der Region Stuttgart  
Die besten Konzerte

Im Januar stehen in Stuttgart ein 70-jähriger Punker und Der Nino aus Wien auf der Bühne - unter anderem.

www.stuttgarter-zeitung.de/kopfhörerfirm

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

<b>Telefon</b> Zentrale und Redaktion _____ 0711/72 05-0 Anzeigen _____ 07 11/72 05-21 Leserservice _____ 0711/72 05-61 61 Probe-Abonnement _____ 080 00 14 14 14 <b>Online</b> www.stuttgarter-zeitung.de www.stuttgarter-zeitung.de/digital www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen	<b>Fax</b> Redaktion _____ 07 11/72 05-12 34 Anzeigen _____ 07 11/72 05-16 14 Leserservice _____ 07 11/72 05-61 62 <b>E-Mail</b> Redaktion: redaktion@stz.zgs.de Anzeigen: anzeigen@stzw.zgs.de Leserservice: service@stz.zgs.de
<b>Redaktion</b> Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart <b>Leserservice</b> Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart <b>Anzeigen</b> Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart <b>Chiffre</b> Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart	

Harter Kampf gegen die Prostitution

Tagesthema

**Sexkauf** Die große Koalition ringt seit vielen Monaten um ein neues Gesetz zur Einschränkung von Zwangs- und Armutsprostitution. CDU und CSU preschen vor, die SPD tut sich schwer damit. In den nächsten Wochen steht eine Entscheidung an. Von Matthias Schiermeyer



In Etablissements wie dem Sindelfinger Eros-Park ist Zwangs- und Armutsprostitution nicht ausgeschlossen. Fotos: factum/Granville, Lichtgut/Leif Piechowski

TEILEINIGUNG DER KOALITION BEIM PROSTITUTIONSGESETZ

**Konsens** An einigen Stellen hat sich die große Koalition schon auf eine Neu-regulierung der Prostitution verständigt. Dies betrifft die polizeiliche Meldepflicht für Prostituierte genauso wie die Erlaubnispflicht für Bordellbetriebe mit Bauvorschriften wie Alarmklingeln oder ausreichend Sanitärräumen, fer-

**Südwesten** Im Land ist die Einigkeit deutlich größer als auf Bundesebene: So haben sich Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) und der Landesfrauenrat für ein Prostitutionsverbot ausgesprochen. Selbst die grüne Landeschefin Thekla Walker ist - anders als die Bundesgrünen - offen für eine Verschärfung. ms

„Wir werden uns später einmal schämen“

**Frau Breymaier, Sie haben die Initiative von Alice Schwarzer zur Abschaffung der Prostitution unterzeichnet. Sehen Sie sich als Mitstreiterin?** Alice Schwarzer betreibt das Thema seit vielen Jahren. Ich bin da eher ein kleines Licht, eine Unterstützerin.

**Glauben Sie, dass diese Diskussion auch im Bewusstsein vieler Männer schon etwas bewirkt hat?** Die Debatte hat in Teile der Gesellschaft hineingewirkt, ein ganzes Stück weit auch in die Politik. Man hat hingeschaut: Was ist passiert seit 2002? Und die Frage, bist du dafür oder dagegen, wird gestellt und diskutiert. Das war ja vorher nicht so.

**Würden Sie den Sexkauf wie in Schweden generell verbieten und Freier bestrafen wollen?** Ich würde mich für das schwedische Modell entscheiden, weil wir heute kaum unterscheiden können, wer Zwangsprostituierte ist und wer nicht.

**Wird dies jemals durchsetzbar sein in einem Land mit dem vielleicht liberalsten Gesetz in Europa?** Das ist ja ein Teil des Problems. Allein die öffentliche Diskussion in Frankreich hat die Franzosen über die Grenze zu uns getrieben. Wir Deutsche sind ja in Gleichstellungsfragen selten die Spitze der Bewegung gewesen - alles, was da passiert ist, kam aus Europa. Insofern glaube ich schon, dass wir das irgendwann hinkriegen. Es wird aber länger dauern, als ich es mir wünsche. Ich ging immer davon aus, gute Argumente zu haben, und merke nun, dass mein Links-rechts-Schema ausgehebelt ist. Bei dem Thema ist nichts verlässlich. Da gibt es die wildesten Diskussionen mit Leuten, die sonst zu 80 Prozent meiner Meinung sind und mir nun überhöhte Moral vorwerfen. Mir geht es nicht um Moral, sondern um Menschenrechte. Wir werden uns später im Rückblick einmal schämen, dass wir zugelassen haben, wie schlecht die Frauen behandelt werden.

**Interview** SPD-Landesvize Leni Breymaier spricht sich für ein Verbot des Sexkaufs wie in Schweden aus. Damit geht sie deutlich weiter als die eigene Partei.

**Das Bedürfnis nach Prostitution ist jahrtausendealt.** Ich glaube nicht, dass es ein Bedürfnis nach Ausbeutung von Frauen geben darf.

**Ist Verkauf von Sex immer gleich Ausbeutung?** Inzwischen ist es überwiegend Ausbeutung: körperlich und seelisch. Die wenigen Frauen, die von Talkshow tingeln und sagen, wie schön der Beruf doch sei, zeichnen eine Kunstwelt. Ich habe noch keine einzige getroffen, der das Spaß macht. Das sind auch Männerfantasien. Und was ist das für eine Gesellschaft, in der ein Geschlecht das andere kaufen kann? Das Frauenbild hat durch die Legalisierung seit 2002 großen Schaden genommen.

**Die große Koalition in Berlin hat ohnehin schon Mühe, sich zu einigen. Was sind Ihre konkreten Ziele?** Wenn ein Prostitutionsverbot in Sichtweite nicht zu erreichen ist, bin ich für jeden kleinen Schritt, der sie erschwert. Einer wäre die Gesundheitsprüfung. Früher hieß das Bockschein und war faktisch diskriminierend. Sie wäre oft die einzige Chance, dass die Prostituierten herauskommen und mit anderen Frauen über ihre Situation sprechen können. Der große Teil meiner Partei befürchtet jedoch eine erneute Stigmatisierung.

**Das Mindestalter von 21 Jahren ist ähnlich strittig.**



maximal vor der Tür steht, nicht in der Tür.“ Eine intensive Beratung bei der Anmeldung vor Ort greife zu kurz, weil die Frauen mit Ausstiegsangeboten da nicht zu erreichen seien. Besser seien regelmäßige Termine, wenn die Prostituierten länger dabei seien. Was den Gesundheitscheck selbst angeht, zeigt sich die CDU kompromissbereit.

Auch die von der Union befürwortete Kondompflicht scheint eher Verhandlungsmasse zu sein, weil sie in der Praxis kaum erzwingbar wäre. Das Mindestalter für Prostituierte wiederum ist umkämpft. CDU/CSU sprechen sich für 21 Jahre aus - auch aus der Erfahrung heraus, dass die hier an-schaffenden Mädchen aus Osteuropa immer jünger werden und verführbar sind für Loverboys, die sie unter dem Vorwand von Liebesgefühlen herlocken und auf den Strich schicken. Die SPD brems auch hier. Familienministerin Manuela Schwesig wendet ein, dass sich eine unter 21-Jährige keine Strafanzeige gegen einen Zuhälter zutraue, wenn sie Gefahr läuft, als Kriminelle behandelt zu werden. Maag betont: „Ich will keine 19-Jährige in den Untergrund schicken oder bestrafen. Ich will nur verhindern, dass die alle so jung wie möglich herkommen.“

Eine generelle Bestrafung der Freier scheint nicht durchsetzbar

Darüber hinaus hat die Union die Freier im Visier. CDU/CSU wollen die Prostitution nicht gänzlich verbieten, weil sie in der Illegalität kaum zu kontrollieren wäre - dies sehen sie ähnlich wie viele Sozialdemokraten. Doch wenigstens die Männer, die wesentlich Zwangsprostituierte ausnutzen, sollen bestraft werden. Dies sei schwierig zu beweisen, sagt Maag. „Aber es nicht mal zu versuchen wäre falsch.“

Ministerin Schwesig hatte bisher dagegengehalten, dass die Freier künftig als Informanten über Unrecht im Milieu ausfallen könnten. Dennoch zeichnet sich eine Annäherung der Koalitionspartner ab. Demnach arbeitet Justizminister Heiko Maas (SPD) an neuen Strafrechtsparagrafen, um Männer zu belangen, die mit Zwangsprostituierten Sex haben. Wie hoch das Strafmaß sein soll, ist noch offen.

Das viel diskutierte schwedische Modell mit einer generellen Bestrafung von Freiern betrachtet die Mehrheit in der großen Koalition hierzulande als nicht durchsetzbar. Besser sei es, wenn die Behörden ein Auge auf die Szene hätten und die Politik eine Chance bekäme, regulierend einzugreifen, so Maag. Sie hofft, dass es in der ersten Sitzungswoche Mitte Januar ein klärendes Gespräch mit der SPD gibt - „und dass wir da zu einer Einigung kommen“. Danach müsste es eine öffentliche Anhörung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben, zu der Befürworter und Kritiker eingeladen werden - und den endgültigen Beschluss. So ließe sich das Gesetz frühestens bis zum Sommer realisieren.

Auch da ist meine Partei nicht mehrheitlich bei mir. Ich glaube aber, dass es nutzen würde, um die ganz jungen Frauen besser zu schützen.

**Warum brems die SPD? Weil sie die Liberalisierung einst mit den Grünen beschlossen hat?**

Große Teile von SPD und Grünen sowie die Linkspartei teilen meine Position nicht. Von den Bundestagsfraktionen ist die CDU mir hier näher als meine Partei. Dies nehme ich staunend zur Kenntnis. Es kann sein, dass das auf 2002 zurückgeht und die damalige Haltung zur Legalisierung noch immer da ist. Das zu bohrende Brett ist schon ziemlich dick.

**Umstritten ist der Einfluss von Lobbyistinnen.** Ich hatte mal eine Auseinandersetzung mit einer Verbandsvertreterin, die kritisiert hat, ich würde Politik ohne Betroffene machen. Da habe ich gesagt: Wie soll ich einen Stuhlkreis machen mit Zwangsprostituierten, die keinen Pass und keine deutschen Sprachkenntnisse haben? Diese Verbände vertreten alles, nur keine Zwangs- und Armutsprostituierten. Ich finde daher, dass man da auf die Falschen hört.

Das Gespräch führte Matthias Schiermeyer.

SPD-VIZE UND VERDI-CHEFIN IM LAND

**Doppelfunktion** Leni Breymaier ist stellvertretende Landesvorsitzende der SPD sowie Verdi-Landesbezirksleiterin - und des Öfteren in Fernsehtalkshows zu Gast. Die 54-Jährige aus Eislingen/Fils kennt die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer seit etlichen Jahren - noch viel länger deren Zeitschrift. Den frauenpolitischen Blick habe sie sich auch dank „Emma“ ziemlich früh angewöhnt, sagt die gelernte Einzelhandelskauffrau. Mit ihrem Ruf nach einem Prostitutionsverbot weist sie selbst von der mehrheitlich vertretenen, moderaten Linie bei Verdi ab. ms